

# Die Rolle des Staates im modernen Kapitalismus

Von Dr. Hans Wilde, Institut für Politische Ökonomie

Auf allen wichtigen Beratungen, Kongressen und Parteitagungen der kommunistischen und Arbeiterparteien wurde immer den Fragen des Imperialismus große Aufmerksamkeit gewidmet. Auf den Beratungen in den letzten Jahren wurde der konkreten Analyse des heutigen Imperialismus noch größere Aufmerksamkeit geschenkt als vorher. Das war kein Zufall. Die wissenschaftliche Analyse des modernen Kapitalismus, der sich in den staatsmonopolistischen Kapitalismus gewandelt hat, ist die Hauptvoraussetzung, um die wissenschaftlichen Grundlagen für die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu schaffen.

In den letzten Jahren hat sich der westdeutsche Imperialismus im rücksichtslosen monopolistischen Konkurrenzkampf und durch die gewaltig gestiegene Ausbeutung der westdeutschen Werktätigen an die zweite Stelle in der kapitalistischen Welt geschoben.

Die Offensive der westdeutschen staatsmonopolistischen Reaktion bedroht nicht nur die demokratischen Rechte der Werktätigen Westdeutschlands, bedroht nicht nur die gesamte demokratische Arbeiterbewegung, sondern auch den Frieden in Europa und in der Welt. Es ist deshalb ein tiefes nationales Anliegen der Gesellschaftswissenschaftler unserer Republik das Gesamtsystem und den Funktionsmechanismus des westdeutschen Imperialismus umfassend zu erforschen, um der Arbeiterklasse, auch den westdeutschen Arbeitern, durch ihre Erkenntnisse Unterstützung in ihrem entscheidenden Kampf um die Lebensfragen der Nation zu geben.

Für jeden Genossen unserer Universität, gleich welcher Fachrichtung, ist es notwendig einige Grundfragen der Theorie des Imperialismus neu zu durchdenken: vor allem auch deshalb, weil in der Vergangenheit durch dogmatische Verzerrungen und Schwarzweißmalerei wichtige Aspekte der wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen Prozesse im modernen Kapitalismus vernachlässigt und somit Fehleinschätzungen leichter möglich wurden und den Kampf gegen den Imperialismus erschwert.

Wir wollen deshalb in mehreren Beiträgen versuchen, einige neue Erkenntnisse über den staatsmonopolistischen Kapitalismus und über die Möglichkeiten der Einschränkung und Zurückdrängung der Macht der Monopole darzulegen.

monopolistischen Kapitalismus in den einzelnen Ländern weiter ausgebaut. Dieser Prozeß ist in den einzelnen imperialistischen Ländern nicht abgeschlossen. So heißt es dann auch im Programm unserer Partei, daß der Imperialismus untrennbar mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbunden ist.<sup>1</sup>

Auf den ersten Blick scheint es so, als stelle sich der staatsmonopolistische Kapitalismus als Unterordnung der Macht des Staates unter die Macht der Monopole dar, als sei der staatsmonopolistische Kapitalismus nur eine neue, eine klügere Politik der Monopole, um die Macht des Staates zur Realisierung der Monopolprofite auszunutzen. Das ist zweifellos eine richtige Erkenntnis, aber doch nur eine Teilerkenntnis. Denn der staatsmonopolistische Kapitalismus ist mehr als die Unterordnung des Staates unter die Macht der Monopole, er ist die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, die sich aus der objektiven Entwicklung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus ergibt.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus – gesellschaftlicher Charakter der Produktion und die privatkapitalistische Aneignung der Resultate der Produktion – wird durch den Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten vorangetrieben. Bereits in der Zeit der Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus führte die Akkumulation des Kapitals, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals so weit, daß die klassische Form des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – ein Kapitalist als Eigentümer der Produktionsmittel – nicht mehr dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem Stand der Produktivkräfte, die ja im Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals ihren Ausdruck finden, entsprach. Marx, der diesen Prozeß untersuchte, kam zu folgender Erkenntnis:

„Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier (in den Aktiengesellschaften – H.W.) direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmen im Gegensatz zu Privatunternehmen.“ Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.<sup>2</sup>

Diese Entwicklung der Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die schon anzeigt, daß nur das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte entspricht, gab aber auch unter kapitalistischen Bedingungen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Mit der Herausbildung des Imperialismus, der Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol und die monopolistische Konkurrenz entwickelten sich Monopologanismen – Ringe, Cartelle, Interessengemeinschaften, Kartelle, Konzerne, Syndikate, Trusts und in der heutigen Zeit die neue Form der Finanzgruppe.

Schon Engels charakterisierte die ersten Formen der Kartelle und der zeitweiligen internationalen Kartelle als die zweite und dritte Potenz der Aktiengesellschaften.<sup>3</sup> Und es ist sicher richtig, die bekannten anderen Formen der Monopole wie Konzern, Syndikat, Trust und Finanzgruppen als eine weitere Strukturentwicklung des kapitalistischen Eigentums, als eine höhere Potenz der früher vorhandenen Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu betrachten.

Indem die privaten Formen der Monopole durch die Struktur und die Größe des Kapitals, über das sie verfügen, der Entwicklung der Produktivkräfte, besonders der materiellen Produktivkräfte, neue Möglichkeiten schaffen, wird aber gleichzeitig die organische Zusammenfassung des Kapitals erhöht, das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate wirkt. Dieses Gesetz wird

durch die Gesetze des Monopolprofits und seiner Realisierung nicht aufgehoben. Ganz im Gegenteil. Dem raschen Anwachsen der Produktion steht die stets zunehmende Langsamkeit der Ausbildung des Marktes gegenüber. Die Schutzpolitik, typisch für den Imperialismus, steigert noch künstlich die Produktionsfähigkeit der monopolistischen Industrie in den einzelnen Ländern. Die Folgen sind Überproduktion, gedrückte Preise und fallende Profite.<sup>4</sup>

Welt voraussehend weist Marx in seiner Untersuchung über das zinstragende Kapital darauf hin, daß die Aktiengesellschaft in gewissen Sphären das Monopol herstellt, „und es (das Monopol – H.W.) fordert daher die Staatseingriffe heraus“.<sup>5</sup>

Die Staatseingriffe zeigt sich in den verschiedensten Formen, sei es, daß der Staat als ideeller Gesamtkapitalist zum Vorteil der Monopole bestimmte Gesetze erläßt, z.B. über die Schutzzölle oder, wie wir es in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg erlebten, mit dem Gesetz der Währungsreform (Juni 1948) und dem damit verbundenen DM-Eröffnungsbilanz-Gesetz vom August 1949, daß die Realisierung der Kriegsgewinne ermöglichte, oder in den Steuergesetzen, welche den Monopolisten Steuergeschenke und damit Monopolprofite gewähren.

Aber der Staat greift nicht nur durch die Gesetzgebung in den Wirtschaftsablauf ein. Der Stand der Entwicklung der Produktivkräfte verlangt immer mehr, daß der Staat nicht nur als ideeller, sondern auch als realer Gesamtkapitalist auftritt und so die privaten Monopole stützt und die Realisierung des Monopolprofits sichert. Er muß real als Gesamtkapitalist fungieren, weil die Aufrüstung und die Durchführung von Kriegen, die gewöhnlich aus dem Imperialismus entspringen und gewaltige Teile des National Einkommens verschlingen, nur von ihm in der Eigenschaft als ideeller und realer Gesamtkapitalist organisiert werden können, nur er ist in der Lage, als ideeller und realer Gesamtkapitalist den Ablauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf erweiterter Stufenleiter, der allein schon durch die Ablösung der freien Konkurrenz gestört ist, einigermaßen zu gewährleisten; und nicht zuletzt ist nur er als ideeller und realer Gesamtkapitalist in der Lage, in den Konkurrenzkampf gegen andere imperialistische Länder, die einen ähnlichen Stand in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte haben, und in die politische und ökonomische Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager, in dem die Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte übereinstimmen, im Interesse der privaten Monopole eingreifen.

Nur einige Zahlen, die verdeutlichen, welche gewaltigen Kapitalinvestitionen beim heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte notwendig sind: So betragen z.B. die Kosten zur Einrichtung eines Arbeitsplatzes im modernen Siemens-Martin-Walzwerk der Klockner AG Bremen 500 000 Westmark, und zur Errichtung eines Arbeitsplatzes an der Mittelisenstraße der Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG werden rund 1,1 Millionen Westmark benötigt.<sup>6</sup> Die Aufwendungen an Anfangskapital übersteigen oft die Möglichkeiten eines Privatmonopols. Der Staatseingriff wird notwendig, entweder tritt der Staat selbst als Unternehmer auf oder er ermöglicht über den Staatshaushalt die Mobilisierung des fixen Kapitals. So werden heute in Westdeutschland 70-80 Prozent aller Investitionen durch staatsmonopolistische Maßnahmen finanziert wie Einrichtung von staatlichen Betrieben oder Subventionen, Darlehen oder Kredite u. a. m. an private Monopole. Allein von 1950 bis zur Gegenwart wurden mehr als 300 Milliarden DM aus dem Staatshaushalt für direkte staatliche Investitionen oder über Anleihen, Subventionen usw. für private Investitionen zur Verfügung gestellt.<sup>7</sup>

Eine besondere Rolle spielen in

diesem Zusammenhang Erfindungen, die von grundsätzlicher revolutionärer Bedeutung sind oder Entwicklungen für die Aufrüstung. Der gegenwärtige Stand von Wissenschaft und Technik macht Untersuchungen notwendig, die die Möglichkeiten einzelner Monopole überschreiten, die aber besonders im Wettbewerb der beiden Systeme in der Welt für das Monopolkapital größte Bedeutung haben (z.B. Raumforschung, Atomwirtschaft u. a.). Deshalb greift der monopolistische Staat in die Forschung ein, übernimmt die Finanzierung dieser Vorhaben durch die Ausplünderung der Mehrheit der Bevölkerung. In den USA wurden 1963 80 Prozent der Forschung vom Staat bezahlt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Westdeutschland.

## Schlußfolgerungen

Aus den bisherigen Darlegungen müssen folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. Der Imperialismus ist untrennbar mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbunden. Er ist kein besonderes Stadium des Kapitalismus, welches nach dem Imperialismus folgt.<sup>8</sup>

2. Die Ursache für das Entstehen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus – gesellschaftliche Produktion und privatkapitalistische Form der Aneignung der Resultate der Produktion.

3. Die Form und die Struktur des kapitalistischen Eigentums entwickelt sich vom kapitalistischen Eigentum in der Hand eines Kapitalisten über die Aktiengesellschaft, über die verschiedenen Formen der privaten Monopole bis zum Staatsmonopol. Die Entwicklung des kapitalistischen Eigentums zeigt bereits deutlich, daß gesellschaftliches Eigentum notwendig ist, um die weitere Entwicklung der Produktivkräfte zu ermöglichen. Die entwickelten Formen des kapitalistischen Eigentums sind „die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ (Marx). Sie hemmen nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern ermöglichen unter den Bedingungen des Imperialismus auch ihre Entwicklung und erschließen damit neue Profitquellen für das Monopolkapital.

4. Der imperialistische Staat ist nicht nur eine politische Erscheinung, sondern wird mit der Entwicklung des Imperialismus in der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu einer realen ökonomischen Kraft, die mit der Macht der privaten Monopole verschmilzt. Der imperialistische Staat ist heute zum direkten Ausbeuter großer Teile des Volkes geworden. Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigt sich in der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates.

Bereits die dargelegten Veränderungen in der Entwicklung des heutigen Imperialismus lassen erkennen, daß die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten Schichten diese Änderungen bei der Festlegung der Strategie und Taktik berücksichtigen müssen. (Wir werden in weiteren Beiträgen darauf eingehen.)

<sup>1</sup> Vgl. W. L. Lenin, AW in 2 Bb., Bd. II Moskau 1947, S. 158

<sup>2</sup> Vgl. Programm der SED, Dietz Verlag Berlin 1963, S. 18

<sup>3</sup> K. Marx, Das Kapital, Bb. III, Berlin 1949, S. 477

<sup>4</sup> Vgl. F. Engels, in: Karl Marx, Das Kapital, Bb. III, S. 478

<sup>5</sup> ebenda

<sup>6</sup> Karl Marx, a. a. O., S. 479

<sup>7</sup> Vgl. „Einheit“, Heft 4/1963, S. 79

<sup>8</sup> Otto Reinhold, Der westdeutsche staatsmonopolistische Kapitalismus und die Wirtschaftspolitik der Erhard-Regierung, Berlin 1964, S. 27

<sup>9</sup> Vgl. Albrecht Heinz/Horst Richter, Multimillionäre, Minister, Militäristen, Berlin 1963, I. Kapitel

## DENKEN LERNEN AN DER GESCHICHTE

Es mag manchen Leser befremden, daß hier ein Pädagoge zu Angelegenheiten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Stellung nimmt. Aber der Aufsatz des Genossen Prof. Dr. Günter Fabiunke „Denken lernen an der Geschichte“ (UZ 7/1965) hat eine Problematik berührt, die bei weitem nicht nur der Wirtschaftswissenschaftler angeht. Genosse Fabiunke schneidet die generelle Frage nach der Bedeutung historischer Disziplinen für die Ausbildung sozialistischer Fachleute an.

Diese Frage wird nicht immer richtig beantwortet. Genosse Fabiunke weist darauf hin, daß das Studium der Geschichte der Politischen Ökonomie in seiner Bedeutung unterschätzt und verkannt wird.

„... stellt sich heraus, daß die Bedeutung des Studiums der Geschichte der Politischen Ökonomie für die Bildung und Erziehung unseres akademischen Nachwuchses auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet weithin unterschätzt und teilweise sogar völlig verkannt wird. Die gegenwärtigen Lehr- und Ausbildungspläne bringen das deutlich zum Ausdruck. Im Interesse einer immer engeren fachlichen Spezialisierung“

Ähnliches gilt im Bereich der Lehrerbildung für die Geschichte der Erziehung. Sie wird von verschiedenen Seiten als recht überflüssiger Bestandteil des Lehrstudiums angesehen, der dem Lehrer „in der Praxis nichts nützt“. Ihre Stundenzahl wurde in den letzten Jahren fast auf ein Drittel reduziert. Das könnte man begrüßen, wenn es einer allgemeinen Tendenz entspräche. Aber in der Lehrerbildung wird größtenteils noch mit extensiven Methoden gearbeitet, und die Wochenstundenzahlen sind oft unvertretbar hoch. Auch von der Geschichte der Erziehung kann man – um die Worte des Genossen Fabiunke zu gebrauchen – feststellen, daß sie „als angeblich nicht so wichtiger und praxiswirksamer Bestandteil der ... Grundausbildung aus den Lehr- und Ausbildungsplänen Schritt für Schritt hinauskomplimentiert“ wird.

Genosse Fabiunke weist auch darauf hin, wo die Ursachen für diesen „historischen Trend“ in der Gestaltung der Studienpläne zu suchen sind – wiederum nicht nur im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich: in einer sehr engen Auffassung von der Verbindung der Theorie und Praxis, einer Auffassung, die in gefährlicher Nähe des Pragmatismus gerät. In der Lehrerbildung wird beispielsweise nicht nur von einigen Studenten die Meinung vertreten, theoretische Lehrveranstaltungen seien nur dann praxiswirksam, wenn sie Stoffgebiete behandeln, die irgendwo im Lehrplan der Schule auftauchen, oder wenn sie Gebrauchsanweisungen für die Gestaltung bestimmter Unterrichtsstunden vermitteln. Die Rolle der Theorie wird darauf reduziert, unmittelbare Handreichung für die Lösung der einzelnen Aufgaben in der Praxis zu bieten. Wollten wir uns auf diesen Standpunkt begeben, würden wir die künftigen Lehrer zur Handwerkerlehre erziehen, oder nicht zu schöpferischer pädagogischer Arbeit. Das schöpferische Durchdenken einer Problematik ist aber ohne Kenntnis und Beachtung ihrer Geschichte schlechterdings unmöglich.

„... vor allem und in erster Linie eines der wirkungsvollsten und unentbehrlich-wirklich schöpferischen und in die Zukunft gewandten ökonomischen Denken“

Die Vertreter historischer Disziplinen sind allerdings oft an der Unterschätzung ihrer Wissenschaften im Ausbildungsgang nicht ganz schuldig. Auch dafür scheint mir der Beitrag des Genossen Fabiunke ein Beispiel zu sein. Er legt ausführlich dar, weshalb das Studium der klassischen und der modernen bürgerlichen Politischen Ökonomie für den sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler nützlich und unentbehrlich ist. Aber hat nicht auch der Sozialismus seine Geschichte? Die marxistische Politische Ökonomie entstand vor 120 Jahren. Als lebendige Wissenschaft hat sie sich seit dieser Zeit entwickelt und bereichert. Beraubt man nicht die Geschichte der Politischen Ökonomie ihres wichtigsten und für die Gegenwart bedeutsamsten Teils, wenn man sie auf die bürgerliche Politische Ökonomie beschränkt? Wie leicht entsteht dadurch der Eindruck, als handele es sich bei der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie um eine „fertige“, keine Entwicklung unterworfenen Lehre, also um ein Dogma!

In wenigen Monaten feiern wir den 20. Jahrestag der Befreiung und damit des Beginns unserer volkdemokratischen Revolution. Dessun ungeachtet verhalten wir uns oft, als sei diese größte Revolution der deutschen Geschichte noch gar kein Teil der Geschichte. Dadurch verzichten wir in den historischen Disziplinen auf die wertvollsten Aussage-möglichkeiten. Wir begeben uns der besten Gelegenheit, einen unmittelbaren Beitrag zur Lösung aktueller Fragen zu leisten.

Wir erwarten Ihre Meinung zur Frage

## Hat der Sozialismus keine Geschichte?

## Entwicklung und Wesen

Bereits gegen Ende des ersten Weltkrieges stellte W. L. Lenin auf Grund seiner Untersuchungen über den Imperialismus fest, daß der monopolistische Kapitalismus sich in den staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandelt. Das kriegswirtschaftliche Regulierungssystem in den kriegführenden imperialistischen Staaten ermöglichte den Monopolisten, ihre Profite planmäßiger einzustreichen als je zuvor. Nicht zuletzt dadurch, daß die Arbeiterklasse wie unter den Bedingungen „eines Militärlagerhauses“ ausgebeutet werden konnte. In der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg wurden dann weitere spezifische Seiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch die Monopole mit Hilfe des Staates zu einem Gesamtsystem entwickelt. In dem umfassenden Netz der staatsmonopolistischen Zwangsmaßnahmen, wie es der Faschismus zur Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges knüpfte, fand das seinen deutlichen Ausdruck.

Auch während des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit wurde das Gesamtsystem des staats-